

Armut in Indien

Trotz Wirtschaftswachstum keine Besserung in Sicht

Jürgen Sander

Indien gilt seit den 1990er Jahren als aufstrebende Wirtschaftsmacht und hat durch seine Wachstumswahlen Schlagzeilen gemacht. Mittlerweile zählt man Indien zu den BRIC-Staaten, also den aufstrebenden Schwellenländern, die im 21. Jahrhundert die Geschicke der Weltwirtschaft entscheidend prägen werden. Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2009 Kampagnen zu den Millenniumszielen, wozu auch die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger gehört, gestartet. Wie sieht es also in Indien, dieser aufstrebenden Wirtschaftsmacht, aus?

Die offizielle Armutsquote

Nach einer Studie zum Welthungerindex des *International Food Policy Research Institute* in Zusammenarbeit mit der Welthungerhilfe vom Oktober 2008 erreicht Indien unter 88 untersuchten Ländern den 66. Platz, noch hinter Ländern wie Kamerun, Kenia und dem Sudan. Dieser Hungerindex berücksichtigt den Anteil der Bevölkerung, der weniger als die notwendige Menge an Kalorien zu sich nimmt, den Anteil von unterernährten Kindern unter fünf Jahren und die Kindersterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren.

Madhya Pradesh wird in dieser Studie besonders hervorgehoben: Dort sei die Situation „gravierend“. Aber auch eine ganze Reihe weiterer Bundesstaaten fallen in die Kategorie „sehr ernst“. Wenn man die indischen Bundesstaaten mit anderen Ländern der Welt vergleicht, dann finden sich Bihar und Jharkhand noch hinter Simbabwe und Haiti, Madhya Pradesh reiht sich zwischen Äthiopien und den Tschad ein.

Die Studie konstatiert eine sich verschlechternde Situation obwohl das Wirtschaftswachstum erheblich zugenommen hat und fordert von Indien direkte Investitionen, um den Zugang zu Nahrung und me-

dizinischer Versorgung zu verbessern.

„Die Ernährungssicherheit der Haushalte wurde nicht erreicht, das Ausmaß von Mangelernährung, Unterernährung und Armut ist nach wie vor sehr hoch und es gibt Anzeichen dafür, dass Hunger und Ernährungsunsicherheit in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zugenommen haben. Nahezu zwei Millionen Kinder sterben in Indien jedes Jahr infolge von Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten.“, so der UN-Sonderberichtersteller Jean Ziegler in seinem Bericht *Report of the Special Rapporteur on the Right of Food, Mission to India* vom 20. März 2006. „Die große Mehrheit der indischen Bevölkerung ist nach wie vor arm, 25 Prozent leben unterhalb der nationalen Armutsgrenze und 80 Prozent leben von weniger als zwei US-Dollar pro Tag, was bedeutet: viele können sich die Nahrung nicht leisten, die zu einem gesunden und produktiven Leben nötig ist. Nach Angaben der FAO (*Food and Agriculture Organization of the United Nations*) hat Indien den größten Anteil der unterernährten Weltbevölkerung und mehr als 200 Millionen Kinder, Frauen und Männer ernähren sich von weniger als dem täglich notwendigen Kalorienbedarf.“ Dieser Kalorienbedarf liegt bei 2100 Kalorien, doch die ärmsten 30

Prozent der indischen Bevölkerung ernähren sich von weniger als 1700 Kalorien. Die durchschnittliche Kalorienzufuhr ist in den letzten Jahrzehnten insbesondere in ländlichen Gebieten stetig gesunken.

Die offiziellen Zahlen der *Planning Commission (Databook for DCH, 12. Oktober 2009)* der indischen Regierung gehen für 2004-2005 von einer Armutsquote von 25,7 Prozent in den Städten und 28,3 Prozent auf dem Land aus, ein erheblicher Rückgang gegenüber den Vergleichszahlen von 1987-1988, die 38,2 Prozent in den Städten und 39,1 Prozent auf dem Land ausweisen. Für die indische Regierung ist das eine Erfolgsgeschichte, doch gibt es erhebliche Zweifel an dieser Einschätzung. Um das tatsächliche Ausmaß der Armut einzuschätzen, ist es notwendig, die Herleitung der offiziellen Armutsquote zu untersuchen. Sie wird gemessen anhand der monatlichen Pro-Kopf-Ausgaben, um eine tägliche Kalorienzufuhr von 2400 Kalorien in ländlichen Gebieten und 2100 Kalorien in urbanen Gebieten zu ermöglichen.

Dieser Warenkorb wurde im Jahr 1973 erstellt und wird seither, also seit 36 Jahren, durch einen Index fortgeschrieben. Eine Überprüfung in der Realität hat nicht mehr statt-

gefunden und doch ist dieser Warenkorb die Grundlage für die offizielle Armutsgrenze, die zum Bezug von subventionierten Nahrungsmitteln in *Fair Price Shops* berechtigt. Andere von staatlichen Stellen erhobene Daten werden nicht berücksichtigt, obwohl sie das tatsächliche Bild besser widerspiegeln. Utsa Patnaik zeigt in ihrem Buch *Unbequeme Wahrheiten. Hunger und Armut in Indien*, wie falsch die offizielle Interpretation ist: Wenn man die offiziellen Zahlen des *National Sample Surveys* (NSS) aus dem Jahr 1999-2000 über Verbrauchergruppen und die durchschnittliche Kalorienzufuhr zugrunde legt, dann kommt man auf ganz andere Zahlen. Demnach nehmen 69,7 Prozent der ländlichen Bevölkerung weniger als die nötigen 2400 Kalorien pro Tag zu sich, bei der städtischen Bevölkerung sind es 39,7 Prozent, die weniger als die erforderlichen 2100 Kalorien zu sich nehmen.

Weil aber eine staatliche Unterstützung an den offiziellen Armutsstatus geknüpft ist, werden etwa 350 Millionen *de facto* Armer nicht unterstützt.

Doch die indische Regierung ignoriert die abnehmende Kalorienzufuhr, die sich aus ihren eigenen Zahlen ergibt. „Es wurde nie vermerkt, dass die offiziellen Armutsschätzungen eine abnehmende Energiezufuhr beinhalten, auch die Wissenschaftler, die der gleichen Methode folgen, erwähnen die niedrigere Kalorienzufuhr nicht, die in ihren Berechnungen steckt.“ (Patnaik, S. 133) Damit ignoriert sie auch den eigentlichen Zweck ihres Warenkorbs von 1973, nämlich den Betrag zur ermitteln, der notwendig ist, um eine gewisse Kalorienzufuhr zu ermöglichen.

Die Ursachen für den zunehmenden Hunger

Die Verfügbarkeit von Getreide sank im Jahr 2000/2001 auf einen Rekordtiefstand von 151 Kilogramm

pro Kopf, beinahe 26 Kilogramm weniger als zu Beginn der 1990er Jahre. Nach Utsa Patnaik wurde ein solch niedriges Niveau zuletzt in den „Hungrigen Dreißigern“, während des Zweiten Weltkriegs und noch einmal kurz Mitte der 1960er Jahre erreicht.

Gleichzeitig stiegen die Getreidevorräte in den staatlichen Sammelstellen, die die bedürftige Bevölkerung mit günstigem Getreide versorgen sollen, im Jahr 2002 auf einen neuen Rekordstand mit über 40 Millionen Tonnen über dem normalen Niveau. Wie kann das sein? Staatliche Stellen behaupten, der staatlich festgelegte Mindeststützpreis für Getreide sei zu hoch gewesen, so dass viel mehr Bauern ihr Getreide an staatliche Stellen verkauft hätten. Für Utsa Patnaik ist das irreführend: „Nach unserer eigenen Hypothese erhielt die im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 Millionen höhere Rekordbeschaffung von 2000/2001 ihren anormalen Charakter dadurch, dass sie auf einer um fast elf Millionen Tonnen niedrigeren Getreideproduktion beruhte. Das weist auf Notverkäufe von Getreide jener Bauern hin, die schon in den vorangegangenen fünf Jahren von einem Preissturz ihrer anderen für den Markt bestimmten Kulturen betroffen waren.“ Hinzu kommt, dass viele Bedürftige keine Nahrungsmittel mehr zu subventionierten Preisen bei den staatlichen Stellen einkaufen können, weil sie über der offiziellen Armutsgrenze liegen. Sie bekommen keine Berechtigungsscheine und müssen ihre Nahrungsmittel teuer bezahlen.

Doch staatliche indische Stellen wie der *Economic Survey* und die *Annual Reports* der Reservebank of India, erklären sich den zurückgegangenen Getreideverbrauch mit veränderten Ernährungsgewohnheiten, hin zu Obst, Gemüse, Milch, Eiern und Geflügel. Utsa Patnaik erinnert diese Erklärung an Marie Antoinette

und ihren legendären Satz: „Wenn sie kein Brot mehr haben, sollen sie doch Kuchen essen.“ Denn, was für die Nutznießer der Wirtschaftsreformen gilt, etwa 15 Prozent der Bevölkerung, nämlich die Veränderung der Ernährungsgewohnheiten bei steigendem Einkommen, gilt eben für die Verlierer der Wirtschaftsreformen nicht. Kurz gesagt: Sie haben weniger Geld und können sich folglich auch weniger Nahrung leisten, denn das dürftige Einkommen wird überwiegend für die Ernährung verwendet.

„Während sich das vom Einkommen her obere Achtel unserer Bevölkerung, das über mindestens 50 Prozent des Nationaleinkommens verfügt, zweifellos dem Lebensmittelkonsum der Industriestaaten annähert, was mit einem höheren Ernährungsniveau und einer abwechslungsreicheren Kost verbunden ist, werden die unteren sechs Zehntel mit weniger als einem Fünftel des Nationaleinkommens immer weiter in das Ghetto der Unterernährung gestoßen. Sie sind bereits zum sub-saharischen Afrika in Indien geworden“, so Utsa Patnaik in ihrer Analyse.

Rückgang der Beschäftigungszahlen auf dem Land

Im Zuge der Wirtschaftsreformen hat Indien die Ausgaben für ländliche Entwicklung stetig zurückgefahren. Darunter versteht man Ausgaben der Zentral- und Landesregierungen für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Bewässerung und Hochwasserschutz sowie Regionalprogramme und besondere Programme für Dorf- und Kleinindustrie. In den Jahren 1985-90 wurden noch ca. 3,8 Prozent des NSP (Nettosozialprodukts) für ländliche Entwicklung ausgegeben. Für das Jahr 2000-2001 stehen nur noch 1,9 Prozent zu Buche. Im Jahr 2005 sind die Ausgaben auf 0,5 Prozent gesunken. Utsa Patnaik berechnete einen

Rückgang der Ausgaben von 300 Milliarden Rupien innerhalb einer Dekade. „Diese strenge Sparpolitik hatte nichts mit irgendeiner objektiven Ressourcenbegrenzung zu tun, sondern spiegelt einfach die Deflationpolitik der Bretton-Woods-Institutionen/BWI wider, die die indische Regierung verinnerlichte und zu rechtfertigen versuchte.“ (Patnaik, S. 105)

Nun führte der Rückgang der Ausgaben zu einem Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Land. „Infrastrukturelle Projekte wie ländliche Energieprojekte, Straßen, Brücken, Schulen, Krankenhäuser usw. (...) sind wesentlich, um die Entwicklung anzukurbeln, und schaffen Lebensunterhalt direkt für diejenigen, die sie bauen, auch über den wichtigen Multiplikatoreneffekt auf Beschäftigung und Einkommen durch höhere Lohneinnahmen, die für einfache Konsumgüter und Dienstleistungen in den Dörfern ausgegeben werden. Dadurch erweitert sich auch der Markt für maschinell gefertigte Textilien und andere Waren.“ (Patnaik, S. 105)

Zudem wurde durch die ausgebliebenen Ausgaben zur ländlichen Entwicklung auch das Produktionswachstum gebremst. „Die Wachstumsraten sowohl des Nahrungsgetreides als auch anderer Kulturen haben sich in den 1990er Jahren verglichen mit den vor den Reformen liegenden 1980er Jahren fast halbiert, und beide sind unter die Wachstumsrate der Bevölkerung gesunken, obwohl sich diese auch verlangsamt hat.“ (Patnaik, S. 106)

Utsa Patnaik zieht ein vernichtendes Fazit: „Ein bis zu den frühen 1990er Jahren relativ gut funktionierender landwirtschaftlicher Sektor versinkt im Chaos – vor unseren Augen stagniert die Nahrungsmittelproduktion und Bauern begehen in großer Zahl Selbstmord.“ (Patnaik, S. 206)

Utsa Patnaik hat in ihrem Buch auch die wesentlichen Entwicklungen untersucht, die zur exorbitanten Zunahme der Selbstmorde geführt haben.

Zum Zeitpunkt der Öffnung des indischen Marktes wurden viele Bauern durch hohe Weltmarktpreise für Baumwolle dazu verführt, den Anbau von Nahrungsgetreide zugunsten von exportfähiger Baumwolle aufzugeben. Zur Umstellung ihres Betriebes nahmen sie Kredite auf und hofften darauf, ihren Anteil am Wohlstand zu mehren. Doch seit den Maßnahmen zur Liberalisierung der indischen Wirtschaft kam es auch zu ansteigenden Kosten für den Materialeinsatz. Die Kosten für Kredite haben zugenommen, der Strompreis wurde erhöht, Düngemittel, bislang staatlich subventioniert, wurden erheblich teurer. Als seit 1996 die Weltmarktpreise abstürzten und die Erträge zurückgingen, wussten viele Bauern nicht mehr, wie sie ihre Kredite bedienen sollten und gleichzeitig ihre Familien ernähren sollten. Arbeitsmöglichkeiten außerhalb ihres eigenen Betriebs waren nicht vorhanden. Das staatliche *Food Distribution System* griff ihnen nicht unter die Arme, weil sie ja Landbesitz hatten und sie somit nicht arm im Sinne der Regierung waren. Den einzigen Ausweg sahen viele von ihnen im Suizid.

Wer ist von der zunehmenden Armut besonders betroffen?

Der Bericht des UN-Sonderberichterstatters Jean Ziegler nennt die Verlierer des indischen Wirtschaftsaufschwungs. Die Hungrigen und Unterernährten sind vor allem Kinder, Frauen und Männer, die auf dem Land leben und von der Landwirtschaft abhängig sind, die als Tagelöhner arbeiten, aber auch Kleinbauern mit weniger als einem Hektar Land. Landwirtschaftliche Löhne sind niedrig und zunehmend prekär, Mindestlöhne werden nicht ge-

Literatur

Utsa Patnaik, *Unbequeme Wahrheiten, Hunger und Armut in Indien*, Draupadi Verlag 2009.

Planning commission.

Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung im Auftrag der Menschenrechtskommission.

Arundhati Roy, *Das schwindende Licht der Demokratie*, *Frankfurter Rundschau*, 9. September 2009.

zahlt und viele haben außerhalb der Erntezeit keine Arbeit. Während der 1990er Jahre nahm die Landkonzentration in den Händen Weniger zu, während die Zahl der Landlosen zunahm auf mittlerweile 45 Prozent der Bevölkerung. Niedrige Kasten und Stammesangehörige machen etwa 25 Prozent der Landbevölkerung aus, stellen aber 42 Prozent der Armen.

Stammesangehörige leiden überproportional unter Vertreibung und Umsiedlung aufgrund der Errichtung von Dämmen, Kraftwerken, Kohleminen und Industrien zum Abbau von Bodenschätzen. Nach Schätzungen von NGOs waren allein 33 Millionen Menschen von Staudammprojekten betroffen und haben ihr Land und damit ihren Lebensunterhalt verloren.

In der Stadt sind vor allem diejenigen betroffen, die keinen Zugang zu staatlichen Hilfseinrichtungen oder Lebensmittelkarten haben. Dies sind Migranten, Flüchtlinge, Obdachlose, die Vertriebenen, Slumbewohner und Straßenkinder, aber auch ältere Personen, die keine Angehörigen mehr haben, die sie unterstützen könnten.

„Die zunehmende Urbanisierung ist untrennbar verbunden mit der Armut, der Ernährungsunsicherheit auf

dem Land und den sinkenden Löhnen für Landarbeiter“, so der Bericht von Jean Ziegler.

Was ist zu tun?

Für Utsa Patnaik müssen die Verantwortlichen in Indien zunächst einmal die grundlegenden Fakten zur Kenntnis nehmen: „Wo die Diagnose des Hungerproblems an sich fehlerhaft ist und eine sich verschlechternde Lage als Verbesserung gedeutet wird, können von den politischen Beratern und Lenkern eines Landes, das einst eine sich entwickelnde Wirtschaft war, das sich aber zur Hungerrepublik gewandelt hat, keine Maßnahmen zur Abhilfe erwartet werden.“ (Patnaik, S. 88)

Und so fordert die streitbare Wissenschaftlerin eine Rücknahme der Liberalisierung der Landwirtschaft, feste Mindeststützpreise, und vor allem eine Rückkehr zu umfassenden Subventionen in der Nahrungsmittelproduktion nach dem Beispiel der USA und auch der EU, die ihre Bauern mit Milliardenbeträgen unterstützen.

„Es ist noch nicht zu spät. Die Not der Stunde bedarf der sofortigen und ernsthaften Verwirklichung einer am Bedarf orientierten allgemeinen Beschäftigungsgarantie und zugleich die Abschaffung der willkürlichen Aufteilung der Bevölkerung in „über“ und „unter der Armutsgrenze“ Lebende, um den Armen Zugang zu bezahlbarer Nahrung zu ermöglichen.“ (Patnaik, S. 199)

Utsa Patnaik stellt vier zentrale Forderungen auf: Eine *Grow-More-Food-Campaign* muss gestartet werden. Zweitens muss es öffentliche Investitionen zur Bereitstellung von Gütern des täglichen Bedarfs geben, die *Food Corporation of India* und die Konsumgüterbehörden müssen in den Markt eingreifen, um die Preise zu stabilisieren und viertens muss das Gesetz zur Beschäftigungsgarantie auf dem

Lande (*Rural Employment Guarantee Act*) endlich umgesetzt werden.

Jean Ziegler, der UN-Sonderberichterstatter stellt ähnliche Forderungen auf:

Mindestlöhne müssen festgeschrieben und durchgesetzt werden. Diese Mindestlöhne müssen so gestaltet sein, dass damit der Mindestkalorienbedarf gedeckt werden kann. Der *Rural Employment Guarantee Act*, der der Landbevölkerung eine Mindestbeschäftigung von 100 Tagen garantiert, muss durchgesetzt werden.

Das *Public Food Distribution System* (PDS) muss gestärkt werden, so dass es alle Bedürftigen erreicht und die Preise müssen so gestaltet sein, dass es den Armen möglich ist, die subventionierten Nahrungsmittel zu kaufen.

Mit für einen Repräsentanten einer UN-Organisation deutlichen Worten warnt Jean Ziegler in seinem Bericht vor einer weitergehenden Liberalisierung des Handels mit Lebensmitteln:

„Der Sonderberichterstatter ist der Überzeugung, dass die weitere Liberalisierung des Handels mit Grundnahrungsmitteln nicht weiter verfolgt werden sollte, solange die entwickelten Länder den Weltmarktpreis künstlich niedrig halten, weil Indien sonst unter dem Wettbewerb mit Dumpingpreisen bei Agrarprodukten leiden würde und die Produktion insbesondere von Reis und Getreide untergraben würde.“

Zuletzt noch ein Wort von Arundhati Roy aus einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Rundschau* aus dem Jahr 2009: „20 Jahre dieser Art des „Fort-schritts“ (Deregulierung und Privatisierung) in Indien haben zur Herausbildung einer breiten Mittelschicht geführt, die trunken ist vom raschen Wohlstand und vom Respekt, der ihr plötzlich entgegengebracht wird.

Gleichzeitig ist eine wesentlich größere, verzweifelte Unterschicht entstanden. Millionen Menschen wurden durch Überschwemmungen, Dürrekatastrophen und Verwüstung in Folge massiver Eingriffe in die Umwelt - riesige Infrastrukturprojekte, Staudämme, Minen und Sonderwirtschaftszonen - besitz- und obdachlos. Die angeblich im Interesse der Armen ergriffenen Maßnahmen dienen in Wirklichkeit nur den immer größer werdenden Bedürfnissen der neuen Aristokratie.“

Zum Autor

Jürgen Sander studierte Indologie und Ethnologie an der Universität München und ist heute Redakteur bei der Büchergilde Gutenberg. Er ist Mitglied beim *Literaturforum Indien e.V.* und schreibt u.a. für die Zeitschrift *Literaturnachrichten* der Gesellschaft zur Förderung von Literatur aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Seit 1984 reist er regelmäßig nach Indien.